

Montag, 16.09.2019 15:57



Bild: Detlef, Fotolia.com

WÄRME:

Berliner Kohleausstieg schon bis 2030 geplant

Die ambitionierten Klimaschutzziele des Landes und des Energieversorgers Vattenfall sehen vor, nach dem Stop der Braunkohleverbrennung vor zwei Jahren nun auch Steinkohle zu ersetzen.

Berlin will bis 2050 klimaneutral werden und die Treibhausgasemissionen in der Stadt um mindestens 95 % gegenüber 1990 reduzieren. Durch den Ersatz von Steinkohle können jährlich mehr als 2 Mio. t CO₂ eingespart werden. Das entspricht rund 13 % des gesamten CO₂-Ausstoßes im Land Berlin. 2017 gaben Vattenfall und die Senatsverwaltung für Klimaschutz die Machbarkeitsstudie „Kohleausstieg und nachhaltige Fernwärmeversorgung Berlin 2030“ in Auftrag.

In zweijährigen Beratungen mit Politikern, Vattenfall-Vertretern, Umweltverbänden, der Berliner Stadtgesellschaft und dem Studienbüro BET Aachen (Büro für Energiewirtschaft und technische Planung) wurde ein Konzept zur Umsetzung erstellt. Im Ergebnis scheint der frühe Kohleausstieg möglich, ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden. Deutschland als Ganzes will Kohle erst bis 2038 ersetzen.

Regine Günther, Senatorin für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz, erklärte zur Vorstellung der Studie, dass 35 % der Berliner Gebäude mit Fernwärme versorgt würden. Daher bringe es einen großen Beitrag für den Klimaschutz, hier Kohle als Brennstoff abzulösen. Ab sofort würden mehr Geothermie und Biomasse erschlossen sowie noch mehr Abwärme aus einer Müllverbrennungsanlage und einem Klärwerk genutzt, so der Plan. Zudem laufe bereits eine Power-to-Heat-Anlage bei Vattenfall.

Diese erzeugt aus überschüssigem brandenburgischem Windstrom heißes Wasser für das Fernwärmenetz. Mit diesen Maßnahmen würden bis 2030 etwa 40 % der heute 1,2 Mio. t Steinkohle jährlich ersetzt. Den Rest müsse Erdgas überbrücken, das weniger klimaschädlich sei und allmählich durch grünes Gas aus klimaneutralen Quellen ersetzt werden soll. Dafür plant Vattenfall ein neues Gas-KWK, das später auch mit Biomethan oder Wasserstoff laufen kann.



Das Kraftwerk Reuter West in Berlin
Bild: Vattenfall/Sabine Wenzel

Die Senatorin forderte aber auch Unterstützung vom Bund: „Wir brauchen auch flankierende Maßnahmen wie eine CO₂-Bepreisung und der Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung ohne Deckelung muss weitergehen“, sagte sie mit Blick auf das Klimakabinett am 20. September. **Tanja Wielgoß**, Vorstandsvorsitzende der Vattenfall Wärme Berlin, ergänzte „Die Arbeit beginnt jetzt, da wir ein Konzept haben.“

Die aktuellen Heizkraftwerke Reuter West und Moabit würden zu zukunftsfähigen Energie-Verbundstandorten entwickelt. Dafür müsse aber das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) inklusive Kohleumstiegsbonus über 2030 hinaus verlängert werden. „Schweden hat schon seit 1991 eine CO₂-Bepreisung, die hilft, den Klimagasausstoß zu senken. Das muss Deutschland auch endlich bekommen“, forderte Wielgoß.

Die Vorsitzende des BUND Berlin, Julia Epp, hatte den Studienprozess begleitet. Sie kritisiert, dass trotz aller Berliner Bemühungen das CO₂-Budget bis 2030 für eine Begrenzung der Erderwärmung auf zwei Grad noch überschritten wird. Außerdem sehe das Konzept Müll als CO₂-freien Energieträger an. „Zumindest bei Kunststoffen ist der Abfall aber aus Erdöl und damit auch ein fossiler Energieträger“, sagte Epp. Deshalb müsste Müllvermeidung und Recycling im Mittelpunkt stehen. Die Sanierung der Gebäude sei vielfach überfällig und müsse bundespolitisch angeregt werden.

Auch der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen war am Konzept beteiligt. Jörg Lippert, besonderer Vertreter des Vorstandes, sagte: „Hut ab für den ambitionierten Plan, aber noch sind nicht alle Einflussgrößen für das Gelingen abgesteckt.“ Sein Verband vertrete 40 % aller Wohngebäudeeigentümer im Land, die auch schon mit Sanierungen und Dämmung ihren Wärmeverbrauch seit 1990 halbiert hätten. Aber 60 % der Gebäude seien in privater Hand, die gerade seit dem für Berlin geplanten Mietendeckel noch weniger Anreiz für Investitionen hätten. Daher müsse es ein bundesweites Instrument geben, um die Gebäude klimafreundlich zu ertüchtigen.

Susanne Harmsen

© 2019 Energie & Management GmbH

Montag, 16.09.2019, 15:57 Uhr

Mehr zum Thema

FREITAG 06.09.2019



KOHLE:

Gesetzentwurf für Steinkohleausstieg per Auktion

„Ziel dieses Gesetzes ist es, die Verstromung von Steinkohle bis zum Jahr 2030 schrittweise und stetig zu reduzieren und bis spätestens zum Jahr 2038 zu... ► mehr

MITTWOCH 28.08.2019



ENERGIEMIX:

Kohlestrom wird zunehmend verdrängt

Das Fraunhofer-Institut für solare Energiesysteme hat im Sommer eine zunehmende Wind- und Solarstromerzeugung und einen deutlichen Rückgang bei der... ► mehr

DONNERSTAG 22.08.2019



KOHLE:

Gesetzentwurf plant 38 Mrd. Euro für Umbau der Kohleregionen

Deutschland will bis 2038 aus der Kohleförderung und -verstromung aussteigen. Mit einem Strukturstärkungsgesetz will der Bund Tausende wegfallender Jobs in den... ► mehr

MITTWOCH 17.07.2019



POLITIK:

BUND mit 30 Forderungen an Klimakabinett und Bundesregierung

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) hat einen umfassenden Katalog notwendiger Maßnahmen der Klimapolitik vorgelegt.... ► mehr